

Einladung

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zur 07. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung am Donnerstag, den 14.07.2016, um 17:00 Uhr ein.
Die Sitzung findet in der Hansestadt Stralsund, Rathaus Konferenzsaal statt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschriften der 06. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung vom 16.06.2016 und der Sondersitzung vom 21.06.2016
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 3.1 vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 21 „Wohn- und Pflegeheim mit Tagespflegeeinrichtung nördlich der Werftstraße“ der Hansestadt Stralsund,
Aufstellungsbeschluss
Vorlage: B 0034/2016
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Weg am Moorteich sicher beleuchten
Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0086/2015
- 4.2 Initiative für mehr Grün in der Altstadt
- 4.3 Erstellen einer Park App
Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD
Vorlage: AN 0012/2015
- 5 Verschiedenes

Nicht öffentlicher Teil

- 6 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 6.1 Verkauf von Grundstücksflächen am Heinrich-Heine-Ring
Vorlage: B 0021/2016
- 7 Beratung zu aktuellen Themen

keine
- 8 Verschiedenes

Öffentlicher Teil

- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Ich bitte um Ihre Teilnahme.

Im Verhinderungsfall bitte ich um die Teilnahme der gewählten Vertreter bzw. um eine Information an die Geschäftsführung des Ausschusses.

Mit freundlichen Grüßen

gez. i. A. Gaby Ely
Hendrik Lastovka
Vorsitz

TOP Ö 2

Hansestadt Stralsund
Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung

Niederschrift der 06. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 16.06.2016
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:45 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus Konferenzsaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Hendrik Lastovka

stellv. Vorsitzende/r

Herr Thomas Lewing bis 18:30 Uhr
Herr Stefan Nachtwey

Mitglieder

Frau Friz Fischer
Herr Lothar Franzke
Herr Jan Gottschling
Herr Thomas Haack
Herr André Meißner

Vertreter

Herr Dr. Fabian Czerwinski Vertretung für Herrn Jürgen Suhr ab 17:03
Uhr

Protokollführer

Frau Gaby Ely

von der Verwaltung

Herr Stephan Bogusch
Frau Kirstin Gessert
Frau Beate Löffler
Frau Kristina Wilcke
Frau Karin Zech

Gäste

Herr Peter Sobottka
Herr Ralph Lankammer
Herr Holger Michelmann
Herr Constantin Pitzen
Frau Marlies Walther

Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 05. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung vom 26.05.2016
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

- 3.1 Bebauungsplan Nr. 32 der Hansestadt Stralsund "Wohngebiet Gärtneriegelände Andershof" Abwägungs- und Satzungsbeschluss
Vorlage: B 0011/2016
- 3.2 Bebauungsplan Nr. 53 der Hansestadt Stralsund "Wohngebiet zwischen Damaschkeweg und Kornwinkel" Aufstellungsbeschluss
Vorlage: B 0023/2015
- 3.3 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 20 "Wohnbebauung Kleine Parower Straße", Abwägungs- und Satzungsbeschluss
Vorlage: B 0020/2016
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Vorstellung Stadtbuskonzept Richtungsknoten Stralsund
- 4.2 Ostseeküstenradweg von Stralsund über Sundhagen nach Greifswald
Vorlage: ZU 0057/2014
- 4.3 zur Prüfung der Ausweitung von Sondernutzungen
Einreicher: Waltraut Lewing, CDU/FDP - Fraktion
Vorlage: AN 0021/2014

Beschluss der Bürgerschaft Nr. 2014-V-02-1105 zur Prüfung der Ausweitung von Sondernutzungen

Vorlage: ZU 0037/2014

- 4.4 Erarbeitung Werbesatzung
Einreicher: Thomas Lewing, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0158/2015
- 4.5 Fläche an der Schützenbastion für Nutzung erhalten
Einreicher: André Meißner, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0012/2016

Ergänzungsantrag "Radverkehr" zu TOP 9.4 "Schützenbastion"

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Vorlage: AN 0018/2016

- 5 Verschiedenes
- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung sind zu Beginn der Sitzung 8 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Bogusch teilt mit, dass der TOP 6.2 fälschlicherweise dem nichtöffentlichen Teil zugeordnet wurde. Da es sich jedoch um eine Angelegenheit handelt, welche keinen Ausschluss der Öffentlichkeit zulässt bittet er darum, den TOP zurückzuziehen und ihn in einer der nächsten Sitzungen im öffentlichen Teil vorstellen zu dürfen.

Die geänderte Tagesordnung wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 05. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung vom 26.05.2016

Die Niederschrift der 05. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung vom 26.05.2016 wird ohne Änderungen und Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 2 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

zu 3.1 Bebauungsplan Nr. 32 der Hansestadt Stralsund "Wohngebiet Gärtner-eig-lände Andershof" Abwägungs- und Satzungsbeschluss Vorlage: B 0011/2016

Frau Gessert erläutert, dass nach der wechselvollen Geschichte des Planverfahrens seit 2012 eine Zusammenarbeit mit der Landes- Grunderwerb- Gesellschaft (LGE) bestehe. Die Satzungsfassung für den Bebauungsplan, welcher vorrangig Einfamilienhäuser vorsieht, liege nun vor. Frau Gessert hofft auf den Beschluss, damit die Erschließung des Gebietes schnellstmöglich beginnen kann.

Herr Meißner fragt, ob die Umsetzung der im Grünordnungsplan enthaltenen unbefestigten Wegeverbindung geplant sei.

Laut Frau Gessert ist diese Wegeverbindung geplant. Die Umsetzung erfolgt durch die Landes- Grunderwerb- Gesellschaft.

Herr Meißner erkundigt sich darüber, ob es Bestrebungen gibt, die dort vorhandenen Zäune zu beseitigen und die Zugänglichkeit des Uferareals zu verbessern.

Frau Gessert informiert, dass der Zaun im Rahmen der Baufeldfreimachung zurückgebaut werden soll.

Herr Dr. Czerwinski merkt an, dass die Ausgleichsfläche zur Aufforstung in den Stellungnahmen der Naturschutzverbände bereits als ökologisch wertvoll eingestuft wurde und erfragt, ob eventuell nach einer neuen Ausgleichsfläche gesucht werde.

Frau Gessert erklärt, dass die vorgesehene Ausgleichsfläche beansprucht werde und keine Alternative geprüft wurde. Für die Ausgleichsflächen in Zitterpenningshagen liegen eine Erstaufforstungsgenehmigung sowie die Umwandlungsgenehmigung der Forstbehörde vor.

Herr Dr. Czerwinski fragt nach dem Aufwand im Falle der Prüfung einer alternativen Fläche.

Frau Gessert entgegnet, dass aus Sicht der Verwaltung keine Notwendigkeit bestehe, da die Genehmigung für die Erstaufforstung in Zitterpenningshagen vorliege. Eine erneute Prüfung würde lediglich weitere Zeit kosten.

Herr Meißner merkt entgegen der Aussage in der Stellungnahme des NABU Nordvorpommern an, dass der Andershofer Teich seit 1938 als Pachtgewässer für Angler durch den Landesanglerverband genutzt und bewirtschaftet werde.

Herr Dr. Czerwinski erkundigt sich über die geplante Zuwegung über die Ahornstraße, da diese derzeit eine Spielstraße sei.

Frau Gessert berichtet, dass die Ahornstraße in eine Tempo-30-Zone geändert werden soll. Trotz des erhöhten Verkehrsaufkommens sei nicht mit einer steigenden Lärmbelastung zu rechnen, da bereits mit dem B-Plan „Molkerei“ Vorkehrungen diesbezüglich an den Gebäuden getroffen wurden. Die Alte Gärtnerei, als zweiter Anbindungspunkt, soll als durchgängige Verkehrsanbindung mit der Qualität als verkehrsberuhigter Bereich/ Mischverkehrsfläche festgelegt werden.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft die Vorlage B 0011/2016 gemäß Beschlussempfehlung zu beschließen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltungen

**zu 3.2 Bebauungsplan Nr. 53 der Hansestadt Stralsund "Wohngebiet zwischen Damaschkeweg und Kornwinkel" Aufstellungsbeschluss
Vorlage: B 0023/2015**

Frau Zech erläutert, dass es sich hierbei um einen Bebauungsplan für weitere Einfamilienhäuser handelt.

Die Ausschussmitglieder haben keine Fragen zu der Vorlage.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft die Vorlage B 0023/2015 gemäß Beschlussempfehlung zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

**zu 3.3 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 20 "Wohnbebauung Kleine Parower Straße", Abwägungs- und Satzungsbeschluss
Vorlage: B 0020/2016**

Frau Zech erläutert, dass es sich beim vorliegenden Bebauungsplan um die Schaffung von Baurecht für ein Mehrfamilienhaus handelt.

Die Ausschussmitglieder haben keine Fragen zu der Vorlage.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft die Vorlage B 0020/2016 gemäß Beschlussempfehlung zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Vorstellung Stadtbuskonzept Richtungsknoten Stralsund

Gäste: Herr Bogusch, Frau Wilcke, Herr Pitzen, Herr Michelmann, Herr Langkammer

Herr Lastovka beantragt für Herrn Pitzen, Herrn Michelmann und Herrn Langkammer Rede-recht.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem zu..

Mit Hilfe einer Präsentation, die dem Protokoll beigelegt wird, erläutern die Gäste das Kon-zept.

Im ersten Teil der Präsentation geht Herr Pitzen auf das vorhandene Liniennetz und die Ver-bindungen ein. Anstelle eines zentralen Busbahnhofes soll es Verknüpfungen an vier ver-schiedenen Orten geben.

Standorte hierfür sollen der Hauptbahnhof, der Hafen, der Knieperdamm und der Werftkrei-sel werden.

Geplant ist die Möglichkeit, in drei verschiedene Busse umsteigen zu können, die im 15 Mi-nutentakt fahren.

Das Konzept ist laut Herrn Pitzen mit der Anzahl der heute fahrenden Busse und der glei-chen Anzahl von Kilometern umsetzbar.

Herrn Lastovka interessiert, wie das Konzept nach außen kommuniziert werden soll.

Herr Pitzen geht davon aus, dass die Kommunikation leichter wird, da das Konzept bestimm-te Regeln vorgibt, die eine strukturierte Nutzung des Systems ermöglichen. Auf den Einwand von Herrn Sobottka erwidert Herr Pitzen, dass man nicht häufiger umsteigen muss, es nur mehr Möglichkeiten zum Umsteigen gibt.

Herr Bogusch erklärt, dass das neue System einen strengen, gleichbleibenden Linienvorlauf für die einzelnen Buslinien bietet. Ziel ist es, durch das Konzept die Umsteigebeziehungen zwischen den einzelnen Buslinien zu verbessern.

Die Gewöhnung an ein neues System kann laut Herrn Pitzen ein paar Monate dauern, ist aber aus seiner Erfahrung heraus oft erfolgreich.

Herr Pitzen ergänzt, dass an den wichtigen Haupttrouten gar nichts oder nur wenig verändert wurde. Da wo jetzt bereits ein 15 Minutentakt besteht, bleibt dieser auch erhalten.

Herr Meißner erkundigt sich, wie der Landkreis die Pläne sieht. Herr Langkammer erklärt, dass der Landkreis von Anfang an in die Planungen mit einbezogen wurde. Er macht deutlich, dass das Konzept schrittweise umgesetzt werden kann. Der Aufgabenträger und der VVR stehen der Planung aufgeschlossen gegenüber. Auf die Frage von Herrn Lewing antwortet Herr Langkammer, dass die Finanzierung immer spannend ist, sich das Konzept aber in den beauftragten Kilometern bewegt.

Frau Fischer äußert sich positiv über das vorgestellte Konzept.

Im zweiten Teil der Präsentation stellt Herr Michelmann die Machbarkeit der Knoten dar und berichtet über die dafür notwendigen Maßnahmen.

Beim Knotenpunkt Hauptbahnhof wären die umfangreichsten Veränderungen notwendig, um die Vorzugsvariante umsetzen zu können.

Am Knieperdamm würde die Linienführung nicht mehr über die Bleichen, sondern über die Hainholzstraße führen, um eine optimale Anbindung erreichen zu können. Außerdem müsste eine Wendemöglichkeit für die Busse eingerichtet werden. Auch am Standort Werftkreisel sind Anpassungen notwendig.

Der Knotenpunkt am Hafen bedarf keiner Umgestaltung.

Die Kosten für die Knotenpunkte Knieperwall und Werftkreisel liegen bei knapp 300.000 €. Eine Schätzung der Kosten für die Umgestaltung des Hauptbahnhofes ist im Moment nicht möglich. Eine komplette Umsetzung des Konzeptes ist für 2023 vorstellbar.

Abschließend erklärt Herr Pitzen, dass die vorhandenen Linien in das System eingebaut werden können. Die Mobilität der Fahrgäste kann durch das Konzept verbessert werden, in dem eine bessere Verbindung zwischen den einzelnen Linien geschaffen wird. Herr Pitzen hebt die Flexibilität des Projektes noch einmal hervor.

Herr Lewing erkundigt sich, nach den beiden geplanten Kreisverkehren am Hauptbahnhof. Herr Bogusch erklärt, dass es sich lediglich um die Vorstellung einer optimalen Anbindung eines Vollknotens handelt. Er betont, dass auch mit den jetzigen Gegebenheiten zumindest ein Richtungsknoten möglich ist.

Herr Bogusch geht auch auf die Umlenkung des Busverkehrs über die Hainholzstraße ein. Die Straße muss unabhängig von den vorgelegten Plänen saniert werden. Denkbar wäre auch die Buslinie die über die Straße An den Bleichen verkehrt, nicht in das Konzept mit einzubeziehen. Dann würde allerdings der gewünschte Effekt nicht erzielt werden können.

Herr Pitzen stellt klar, dass es sich bei der Planung für den Hauptbahnhof um eine Maßnahme handelt, welche den Nahverkehr aufwertet, aber sie ist nicht zwingend notwendig für das Modell Richtungsknoten. Zwingend notwendig sind die Maßnahmen am Knieperdamm und am Werftkreisel.

Herr Meißner bezweifelt, dass eine Umsetzung am Werftkreisel leicht zu realisieren ist. Auf den Einwand von Herrn Lastovka antwortet Herr Borgusch, dass bei einer Nutzung der Werftstraße eine Wendemöglichkeit für die Busse geschaffen werden muss. Bei einer Nutzung des Werftkreisels müsste zumindest die Spuraufteilung stadtauswärts neu geplant werden.

Herr Gottschling möchte wissen, wie die weitere Vorgehensweise ist und wer die Kosten für die Umbaumaßnahmen trägt.

Dazu erklärt Herr Bogusch, dass die Kosten von der Stadt getragen werden müssen. Er geht allerdings davon aus, dass es für die notwendigen Umbaumaßnahmen Fördermittel geben wird.

Ein positives Feedback aus dem Ausschuss hält Herr Bogusch für wichtig, um weiter an dem Projekt arbeiten zu können.

Herr Lastovka bittet um eine Kostenaufstellung für die schrittweise Umsetzung des Projektes und Informationen zu der Vorgehensweise.

Herrn Dr. Czerwinski interessiert, ob es möglich ist, auch die Linien aus dem Kreis in das Konzept mit einzubinden. Die Verknüpfung des Regionalverkehrs ist laut Herrn Pitzen, ein eigenständiges Thema. Herr Bogusch ergänzt, dass die Regionalbusse sehr stark ausgedünnt fahren. Ein Umsteigen in einen Stadtbus ist nach kurzer Wartezeit möglich, ohne dass man eine zusätzliche Abstellmöglichkeit für Regionalbusse schaffen muss.

Herr Haack spricht das Thema Busbahnhof an. Herr Bogusch berichtet über den aktuellen Sachstand zu diesem Thema.

Herr Haack beantragt die Verweisung des Themas Stadtbuskonzept in die Fraktionen.

Herr Meißner fragt, wie sich eine eventuell neue Linie im Schülerverkehr in das Konzept einbauen lässt.

Da es sich um Einzelfahrten handelt, sieht Herr Pitzen kein Problem. Bei einer Integration in das Konzept könnte der Bus weitere Aufgaben wahrnehmen.

Herr Lastovka lässt über den Verweisungsantrag von Herrn Haack abstimmen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 4.2 Ostseeküstenradweg von Stralsund über Sundhagen nach Greifswald Vorlage: ZU 0057/2014

Herr Bogusch fasst die bisherigen Ergebnisse kurz zusammen. Er informiert darüber, dass für den Abschnitt Teschenhäger Weg ein Fördermittelantrag gestellt wurde und die Anhörung der Träger der öffentlichen Belange stattfindet. Mit dem Ausbau des Teschenhäger Weges werde voraussichtlich Anfang 2017 begonnen. Für die Brandshäger Straße fand ein Zusammenschluss mit der Nachbargemeinde statt. Zudem gibt es einen Fördermittelantrag für die Vorplanung des Radweges. Aufgrund des denkmalgeschützten Pflasters und einem benachbarten Trinkwasserschutzgebiet soll ein möglicher Streckenverlauf geprüft werden. Eine 90%-ige Förderung der Untersuchung wurde seitens des Wirtschaftsministeriums in Aussicht gestellt.

Da es sich bei dem Ausbau des Radweges trotz verschiedener Teilprojekte um ein Vorhaben handelt, muss bei der Ausschreibung das Gesamtprojekt angesetzt werden. Die hohen Gesamtkosten erfordern eine europaweite Ausschreibung. Da dies entsprechend lange Fristen mit sich zieht, ist ein Baubeginn für das Jahr 2018 fraglich.

zu 4.3 zur Prüfung der Ausweitung von Sondernutzungen Einreicher: Waltraut Lewing, CDU/FDP - Fraktion Vorlage: AN 0021/2014

Herr Bogusch erklärt, dass konkrete Vorschläge benötigt werden, um die Ausweitung der Sondernutzung prüfen zu können. Deshalb wurde der Antrag vor einiger Zeit zur Beratung in die Fraktionen verwiesen.

Die Verwaltung ist für Vorschläge offen, solange diese gewisse Gestaltungsgrundsätze berücksichtigen.

Die Ausschussmitglieder einigen sich darauf, dass Thema erneut in den Fraktionen zu beraten.

zu 4.4 Erarbeitung Werbesatzung
Einreicher: Thomas Lewing, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0158/2015

Frau Löffler erklärt, dass es zwei Werbesatzungen geben wird, eine für die Hauptzufahrtsstraßen und eine für die Altstadt, da es unterschiedliche Anforderungen an die beiden Bereiche gibt. Für beide Bereiche liegt ein Entwurf vor, wobei die Priorität bei der Satzung für die Hauptverkehrsachsen liegt. Die Satzung wird noch 2016 im Ausschuss vorgestellt. Für die Werbesatzung Bereich Altstadt wird ein Gestaltungshandbuch erstellt, welches eventuell auch Regelungen zur Sondernutzung enthalten soll. Diese Satzung wird dem Ausschuss dann 2017 vorgestellt.

zu 4.5 Fläche an der Schützenbastion für Nutzung erhalten
Einreicher: André Meißner, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0012/2016

Frau Löffler führt aus, dass auf der Schützenbastion ein Parkdeck als Alternative zum Parken auf dem Neuen Markt entstehen soll. Dazu wird ein Wettbewerb für die Planungsbüros ausgeschrieben. Aktuell wurde nochmal eine archäologische Untersuchung durchgeführt. Auch dieses Vorhaben wird 2016 im Ausschuss vorgestellt. Es soll versucht werden, trotz des Parkdecks den historischen Charakter der Bastion wieder herzustellen. Herr Meißner erkundigt sich, ob die Teichflächen vergrößert werden sollen. Frau Löffler verneint dies.

zu 5 Verschiedenes

Die Ausschussmitglieder haben keinen Redebedarf.

**zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen
aus dem nichtöffentlichen Teil**

Herr Lastovka stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt die Beratungsergebnisse aus dem nichtöffentlichen Teil bekannt.

gez. Hendrik Lastovka
Vorsitzender

gez. Gaby Ely
Protokollführung

Niederschrift
der Sondersitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung

Sitzungsdatum: Dienstag, den 21.06.2016
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 17:45 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund Tribseer Damm

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Hendrik Lastovka

stellv. Vorsitzende/r

Herr Thomas Lewing

Herr Stefan Nachtwey

Mitglieder

Frau Friz Fischer

Herr Lothar Franzke

Herr Jan Gottschling

Herr Thomas Haack

Herr André Meißner

Vertreter

Herr Dr. Fabian Czerwinski

Vertretung für Herrn Jürgen Suhr

Protokollführer

Frau Gaby Ely

von der Verwaltung

Herr Stephan Bogusch

Herr Detlef Conrad

Frau Ulrike Danzmann

Herr Wolfgang Sund

Frau Kristina Wilcke

Herr Ekkehard Wohlgemuth

Gäste

Herr Harald Ihlo

Herr Peter Sobottka

Herr Jörg Mattern

Herr Olaf Wermke

Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 3 Beratung zu aktuellen Themen

- 3.1** Baumaßnahme "Umgestaltung Kreuzung Tribseer Damm / Carl-Heydemann-Ring
- 4** Verschiedenes
- 8** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.
Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden geleitet.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Ergänzungen oder Änderungen von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

zu 2 Beratung zu Beschlussvorlagen

Es liegen keine Beschlussvorlagen zur Beratung vor.

zu 3 Beratung zu aktuellen Themen

zu 3.1 Baumaßnahme "Umgestaltung Kreuzung Tribseer Damm / Carl-Heydemann-Ring"

Herr Bogusch und Frau Wilcke erläutern an Hand von Markierungen auf der Fahrbahn und auf dem Fußweg die Ausmaße eines Kreisverkehrs. Herr Bogusch erklärt, dass mit einem Kreisverkehr geplant wurde, der einen Durchmesser von 30 m hat. Er zeigt verschiedene Varianten mit Rad- und Fußweg sowie Bypass auf. Aus Sicht von Herrn Bogusch ist ein Kreisverkehr aufgrund der Platzverhältnisse, der Leistungsfähigkeit und der Verkehrssicherheit nicht geeignet.

Herr Gottschling äußert Bedenken, wie das Verengen der Fahrbahn organisiert werden soll, um in den Kreisverkehr einfahren zu können. Momentan ist die Straße mindestens zweispurig in eine Richtung. Herr Bogusch gibt ebenfalls zu bedenken, dass für einen eventuellen Radweg kein Benutzungszwang angeordnet werden kann.

Herr Bogusch gibt zu bedenken, dass aufgrund der Fördermittel, bezüglich des Radweges eine schnelle Entscheidung getroffen werden muss.

Die Ausschussmitglieder einigen sich darauf, dass Thema in der Sitzung am 22.06.2016 erneut zu beraten.

zu 4 Verschiedenes

Die Ausschussmitglieder haben keinen Redebedarf.

**zu 8 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen
aus dem nichtöffentlichen Teil**

Herr Lastovka stellt die Öffentlichkeit wieder her und bedankt sich bei den Anwesenden.

gez. Hendrik Lastovka
Vorsitzender

gez. Gaby Ely
Protokollführung

Titel: vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 21 „Wohn- und Pflegeheim mit Tagespflegeeinrichtung nördlich der Werftstraße,, der Hansestadt Stralsund, Aufstellungsbeschluss

Federführung: 60.4 Abt. Planung- und Denkmalpflege	Datum: 22.06.2016
Bearbeiter: Hartlieb, Dieter Wohlgemuth, Ekkehard Bülow, Stefanie	

Beratungsfolge	Termin	
OB-Beratung	04.07.2016	

Sachverhalt:

Das Plangebiet, welches sich im Bereich nördlich der Werftstraße/Ecke Frankendamm befindet, umfasst die im Eigentum der Firma AIR 41 GmbH stehende ca. 9.200 m² große Brachfläche (s. Anlage 1). Die Firma AIR 41 GmbH mit Vorsitz vom Herrn Marcos Rossello ist Systemdienstleister im Bereich Luftfahrt und hat das Grundstück im Jahre 2014 von der REWENA GmbH in der Frankenvorstadt erworben. Die ehemals vorhandenen gewerblich genutzten Baracken wurden um 1997 zurückgebaut.

Der Vorhabenträger hat mit Schreiben vom 01.06.2016 einen Antrag zur Einleitung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes gestellt.

Er plant die Errichtung eines Wohn- und Pflegeheimes mit Tagespflegeeinrichtung. Die Seniorenwohnanlage mit ergänzender Tagespflegeeinrichtung soll in zwei Baukörper gegliedert werden. Die zwei- bzw. dreigeschossigen Baukörper (zuzüglich eines zurückgesetzten Staffelgeschosses) werden durch einen eingeschossigen, transparenten Verbindungsriegel mit zentralen Funktionen zusammengefasst. Die Bebauung soll auf einer Geschossfläche von rund 5.500 m² Raum für 70 bis 80 Einheiten bieten, die sich auf kleine 1-2 Zimmer Apartments und klassische Einzelzimmer verteilen. Die Erschließung erfolgt von der Werftstraße. Entlang der östlichen Grundstücksgrenze sind die notwendigen Stellplätze für Bewohner, Mitarbeiter und Besucher vorgesehen.

Im südlichen Bereich des Plangebietes, an der Werftstraße, sollen zwei zweigeschossige, gewerblich genutzte Gebäude entstehen. (s. Anlage 2)

Die vorgesehene Nutzung ist auf der Gewerbebranche planungsrechtlich derzeit nicht zulässig. Baurecht für die angestrebte Nutzung als Wohn- und Pflegeheim mit Tagespflegeeinrichtung und vorgelagerten gewerblichen Nutzung kann nur durch einen Bebauungsplan geschaffen werden. Hierzu hat der Vorhabenträger bei der Stadt die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens beantragt.

Lösungsvorschlag:

Mit der geplanten Nachverdichtung kann ein weiterer Wohn- und Pflegestandort geschaffen werden, der durch eine Gewerbezeile zur Wertstraße abgeschirmt wird. Dies erfolgt in einem von Wohnen und Gewerbe gemischten Gebiet, welches infrastrukturell gut erschlossen ist.

Die Entwicklung eines Wohn- und Pflegeheimes mit Tagespflegeeinrichtung soll die Nachfrage an betreuten Wohnformen für Senioren, sowie für jüngere pflegebedürftige Menschen gerecht werden. Zudem kann der Bereich optisch und qualitativ aufgewertet werden. Das grüne Umfeld und die Nähe zum Frankendamm als Nahversorgungszentrum der Frankenvorstadt bieten eine gute Wohnqualität.

Mit der geplanten Gewerbebebauung südlich des Planquartieres soll die in den letzten Jahren entlang der Wertstraße entstandene Einzelhausbebauung maßstäblich fortgesetzt werden, die gleichzeitig als Abschirmung gegenüber dem Verkehrslärm für das Wohn- und Pflegeheim dienen soll.

Das Plangebiet umfasst die Flächen der Gemarkung Stralsund, Flur 37, der Flurstücke 40/1, 41/2, 39/1 und 48/3 teilweise. Es wird im Süden durch die Wertstraße, im Westen durch den Frankendamm, den Netto-Markt und den Baustoffhof vom Garten- und Landschaftsbaubetrieb Galant GmbH, im Norden durch den Alten Frankenfriedhof und im Osten durch die Bau- und Möbeltischlerei Bluhm, den Caravanstellplatz „An der Rügenbrücke“ und einer privat genutzten Fläche begrenzt (s. Anlage 1).

Um das geplante Vorhaben realisieren zu können, sollte dem Antrag des Vorhabenträgers zugestimmt und der Beschluss zur Aufstellung eines Bebauungsplanverfahrens gefasst werden. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan nach § 12 BauGB ist für das Vorhaben das geeignete Verfahren, da es auf die zügige Umsetzung eines konkreten vom Grundstückseigentümer beabsichtigten Vorhabens ausgerichtet ist.

Der vorhandene Baumbestand und der ggf. Waldbestand gemäß Landeswaldgesetz M-V zum Alten Frankenfriedhof ist zu berücksichtigen bzw. auszugleichen. Zum Bebauungsplan wird ein grünordnerischer Fachbeitrag erstellt, der den Eingriff in den geschützten Gehölzbestand erfasst und beurteilt.

Es wird die vorhandene Fläche eines ehemaligen Gewerbegrundstückes mit unterschiedlichen Nutzungen wiedergenutzt. Die überbaubare Grundfläche wird weniger als 20.000 m² sein. Die geplante Bebauung unterliegt daher nicht einer Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung. Deshalb kann bei dem vorliegenden Plangebiet der § 13 a BauGB zur Anwendung kommen. Der Bebauungsplan kann im beschleunigten Verfahren ohne Umweltprüfung aufgestellt werden.

Der rechtswirksame Flächennutzungsplan (FNP) der Hansestadt Stralsund stellt das Plangebiet als gemischte Baufläche dar. Die geplante Nutzung wird aus dem FNP entwickelt.

Die Durchführung des Vorhabens wird die Hansestadt Stralsund in einem Durchführungsvertrag mit dem Vorhabenträger regeln. In diesem wird er sich zur Realisierung des Gesamtvorhabens in einem Zeitraum von 2 Jahren nach Erteilung der Baugenehmigung verpflichten.

Alternativen:

Für die geplante Wohnnutzung in zweiter Reihe besteht z. Zt. kein Baurecht, da es sich um den rückwärtigen Bereich um eine Außenbereichsfläche im Innenbereich handelt. Zur Aufstellung eines Bebauungsplanes gibt es keine Alternative, wenn das Vorhaben realisiert werden soll.

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

1. Für die im Stadtteil Frankenvorstadt gelegene Fläche nördlich der Werftstraße soll gemäß § 12 BauGB ein vorhabenbezogener Bebauungsplan aufgestellt werden. Das ca. 9.200 m² große Plangebiet umfasst in der Gemarkung Stralsund, Flur 37, der Flurstücke 40/1, 41/2, 39/1 und 48/3 teilweise. Es wird im Süden durch die Werftstraße, im Westen durch den Frankendamm, den Netto-Markt und den Baustoffhof vom Garten- und Landschaftsbaubetrieb Galant GmbH, im Norden durch den Alten Frankenfriedhof und im Osten durch die Bau- und Möbeltischlerei Bluhm, den Caravanstellplatz „An der Rügenbrücke“ und das Flurstück 50 begrenzt.
2. Als Planungsziel wird die Entwicklung eines Wohn- und Pflegeheimes für Senioren und angrenzend an die Werftstraße mit einer Gewerbebebauung angestrebt.
3. Da es sich um eine Maßnahme der Innenentwicklung handelt, soll der Bebauungsplan gemäß § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren ohne Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt werden.
4. Der Beschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Finanzierung:

Der Vorhabenträger übernimmt die Kosten für die Erarbeitung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes einschließlich der dafür erforderlichen Fachplanungsleistungen. Der städtebauliche Vertrag zur Finanzierung der Planungsleistungen ist vorbereitet und wird in Kürze geschlossen.

Die Kosten für die Realisierung des Vorhabens werden vom Vorhabenträger übernommen, was die Hansestadt Stralsund in einem Durchführungsvertrag vor Abschluss des Planverfahrens mit dem Vorhabenträger regeln wird.

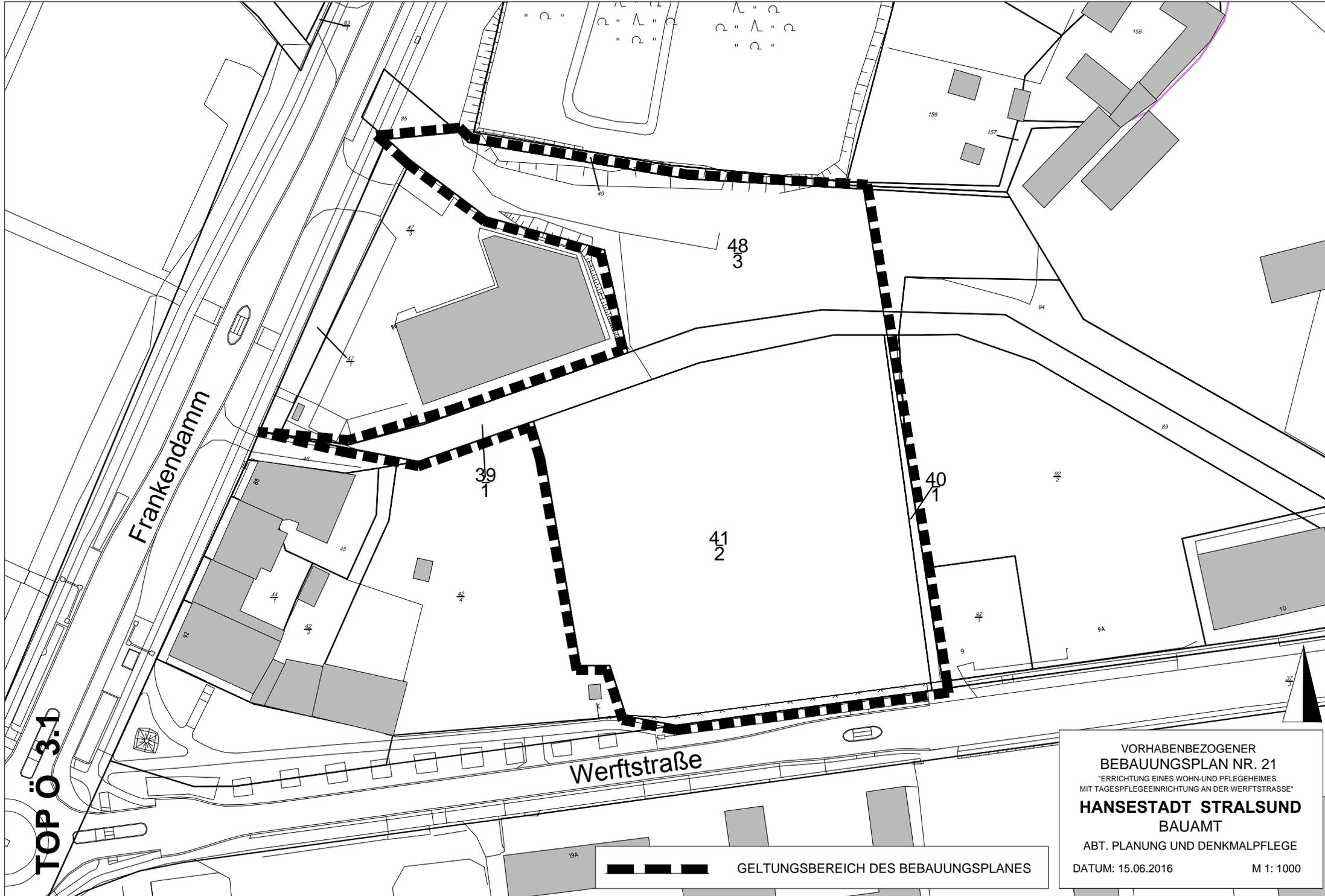
Termine/ Zuständigkeiten:

Öffentliche Bekanntmachung: frühestens 1 Monat nach dem Bürgerschaftsbeschluss
Zuständig: Bauamt, Abt. Planung und Denkmalpflege

Anlage 1 - Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 21
Anlage 2 - Lageplan städtebaulicher Entwurf

Anlage 3 - Projektdaten zum Lageplan

gez. Dr.-Ing. Alexander Badrow



TOP Ö 3:1

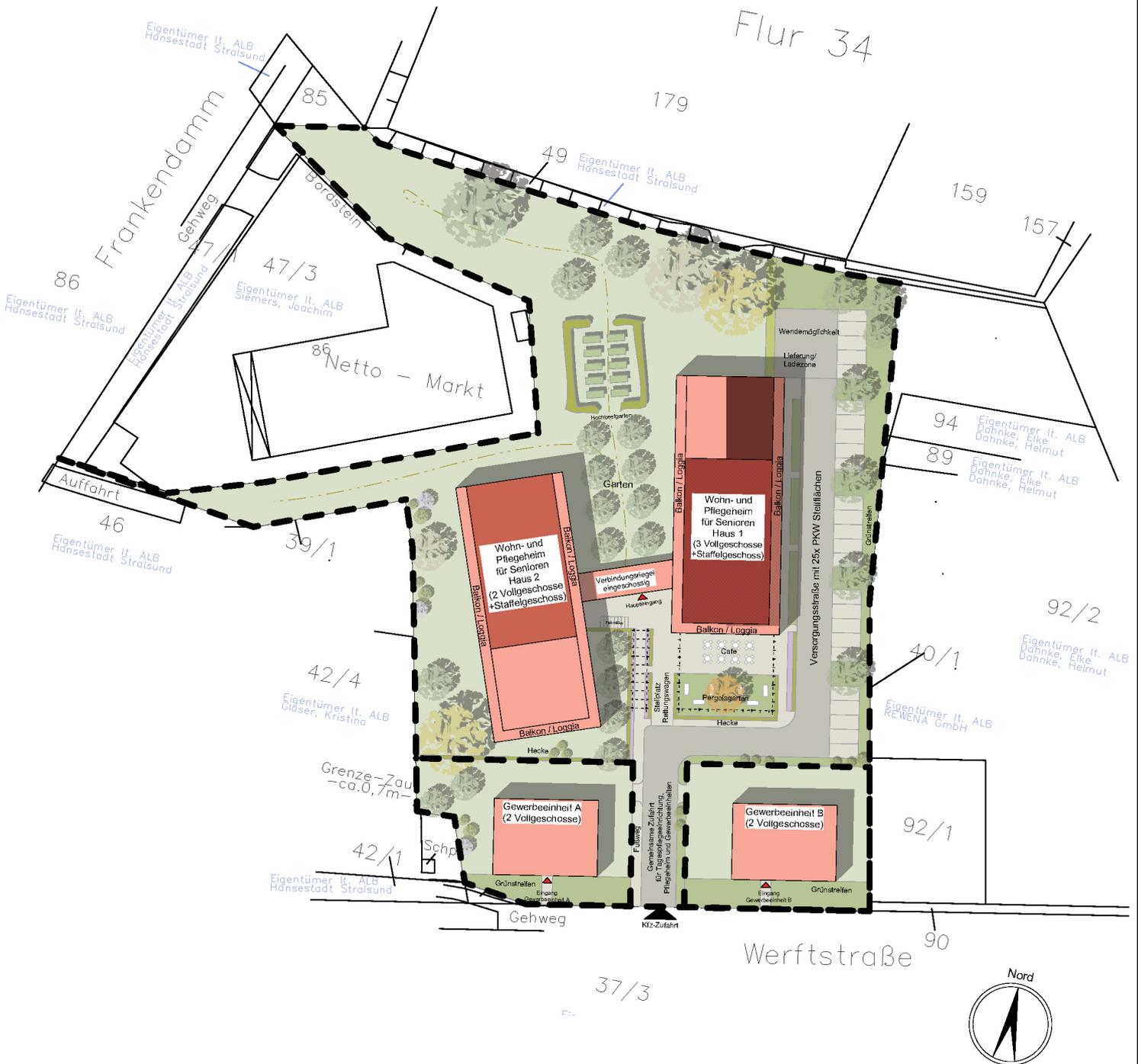
Frankendamm

Werftstraße

 GELTUNGSBEREICH DES BEBAUUNGSPLANES

VORHABENBEZOGENER
BEBAUUNGSPLAN NR. 21
"ERRICHTUNG EINES WOHN-UND PFLEGEHEIMES
MIT TAGESPFLEGEINRICHTUNG AN DER WERTFSTRASSE"
HANSESTADT STRALSUND
BAUAMT
ABT. PLANUNG UND DENKMALPFLEGE
DATUM: 15.06.2016 M 1: 1000

TOP Ö 3.1



Projekt
Frankendamm/Werftstraße Stralsund
 Vorentwurf
 Wohn- und Pflegeheim für Senioren

Lageplan 1:1000

Blattformat Din A4
 Z.-Nr.: 3600-SK-03-a

NL 21.06.2016

interiors berlin
 dipl. ing. innenarchitektin
 solveig schirmer
 friedrich-ebert-str. 82., 14469 potsdam
 tel: +49.331. 74039658
 fax: +49.331. 74039659
 mobil: +49.151.52440124
schirmer@interiors-berlin.com
www.interiors-berlin.com

TOP Ö 3.1

Projektdaten:

Grundstücksgröße: ca. 9200m²

Teilfläche 1: 7620m²
Tagespflegeeinrichtung + Wohn- und Pflegeheim
Haus 1 & Haus 2, inkl. gemeinsame Zufahrtsfläche

zul. GRZ ist festgelegt auf 0,30 (entspricht 2286m²)
 zul. ges. Versiegelung: 0,45 (entspricht 3429m²)
 zul. Anzahl Vollgeschosse: II-III

Grundflächenzahl

überbaute Fläche

- Haus 1 & 2, Verbindungsriegel: 1746m²
 0,229

versiegelte Freifläche

- Wegeflächen: 238m²
 - Zuwegung für Kfz/ Stellplätze: 1127m²
 - Terrassenflächen: 250m²
 Summe 1615m²
 0,211

GRZ / Gesamtversiegelung: 0,44

Geschossflächen

BGF Erdgeschoss: 1746m²
 BGF 1. Obergeschoss: 1668m²
 BGF 2. Obergeschoss/Staffelgeschoss: 1390m²
 BGF 3. OG / Staffelgeschoss: 556m²
 Summe 5360m²

GFZ: 0,70

25 geplante Kfz-Parkplätze für Besucher und Angestellte auf dem Grundstück

Teilfläche 2: 790m²
Gewerbeeinheit A

zul. GRZ ist festgelegt auf 0,30 (entspricht 237m²)
 zul. ges. Versiegelung: 0,45 (entspricht 355m²)
 zul. Anzahl Vollgeschosse: II

Grundflächenzahl

überbaute Fläche

- Gebäude: 237m²
 0,30

versiegelte Freifläche

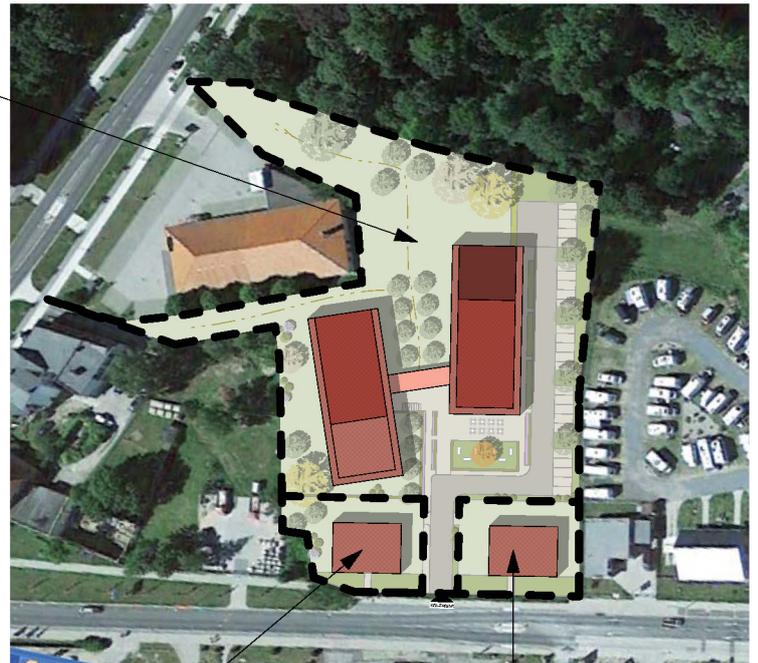
- Wegeflächen: 18m²
 - Zuwegung für Kfz/ Stellplätze: 100m²
 Summe 118m²
 0,15

GRZ / Gesamtversiegelung: 0,45

Geschossflächen

BGF Erdgeschoss: 237m²
 BGF 1. Obergeschoss: 237m²
 Summe 474m²

GFZ gesamt: 0,60



Teilfläche 3: 790m²
Gewerbeeinheit B

zul. GRZ ist festgelegt auf 0,30 (entspricht 237m²)
 zul. ges. Versiegelung: 0,45 (entspricht 355m²)
 zul. Anzahl Vollgeschosse: II

Grundflächenzahl

überbaute Fläche 1 (Gebäude)

- Gebäude: 237m²
 0,30

überbaute Fläche 2 (versiegelte Freifläche)

- Wegeflächen: 18m²
 - Zuwegung für Kfz/ Stellplätze: 100m²
 Summe 118m²
 0,15

GRZ / Gesamtversiegelung: 0,45

Geschossflächen

BGF Erdgeschoss: 237m²
 BGF 1. Obergeschoss: 237m²
 Summe 474m²

GFZ gesamt: 0,60

***gesamtrechn. GRZ für Teilflächen 1-3: 0,241

Projekt
Frankendamm/Werftstraße Stralsund
 Vorentwurf
 Wohn- und Pflegeheim für Senioren

Projektkennzahlen
 Luftbildmontage 1:2000

Blattformat Din A4
 Z.-Nr.: 3600-SK-03-b

NL 21.06.2016

interiors berlin
 dipl. ing. innenarchitektin
 solveig schirmer
 friedrich-ebert-str. 82,, 14469 potsdam
 tel: +49.331. 74039658
 fax: +49.331. 74039659
 mobil: +49.151.52440124
schirmer@interiors-berlin.com
www.interiors-berlin.com

Titel: Weg am Moorteich sicher beleuchten
Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion

Federführung: Fraktion CDU/FDP	Datum: 02.06.2015
Einreicher: Bauschke, Stefan	

Beratungsfolge	Termin	
----------------	--------	--

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob die Herstellung einer Beleuchtung entlang des Weges am Moorteich zwischen der Friedrich-Engels-Straße und dem Grünhofer Bogen bis Ende 2016 möglich ist und diese haushalterisch zu untersetzen. Sofern die Kosten der Maßnahme 100.000 EUR übersteigen, ist dem Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung federführend sowie mitberatend dem Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung und dem Ausschuss für Finanzen und Vergabe eine entsprechende Vorlage vorzulegen.

Begründung:

Der Weg zwischen der Friedrich-Engels-Straße und dem Grünhofer Bogen wird von vielen Stralsundern als Arbeitsweg, Jogging- und Walkingstrecke oder für Spaziergänge genutzt. Eine sichere Ausleuchtung erhöht nicht nur die Attraktivität des Gebietes, sondern ist vor allem aus Gründen der Sicherheit in den Abend-/Nachtstunden und in der dunklen Jahreszeit erforderlich.

Die Strecke ist zudem ein beliebter Verbindungsweg zwischen den Stadtteilen Altstadt, Grünhufe und Knieper. Diese Stadtteile würden deshalb durch eine Beleuchtung des Weges enger zusammengeführt.

Stefan Bauschke
CDU/FDP-Fraktion

TOP Ö 4.1

Auszug aus der Niederschrift über die 05. Sitzung der Bürgerschaft am 11.06.2015

Zu TOP : 9.5

Weg am Moorteich sicher beleuchten

Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion

Vorlage: AN 0086/2015

Herr Bauschke begründet den Antrag ausführlich.

Frau Fechner teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag ablehnen wird, da Nutzen und Aufwand in keinem Verhältnis zueinander gesehen werden und die Baumaßnahme einen großen Eingriff in den Naturpfad darstellen würde. Dafür wird vorgeschlagen, am Verbindungsweg zwischen Knieper West und den Straßen An den Bleichen und Vogelwiese Verbesserungen am Radwegesystem vorzunehmen.

Herr Quintana Schmidt beantragt eine Verweisung der Beratung des Antrages in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung.

Herr Paul lässt über den Antrag auf Verweisung der Beratung des Antrages wie folgt abstimmen:

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

Anschließend stellt der Präsident den vorliegenden Antrag wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob die Herstellung einer Beleuchtung entlang des Weges am Moorteich zwischen der Friedrich-Engels-Straße und dem Grünhofer Bogen bis Ende 2016 möglich ist und diese haushalterisch zu untersetzen. Sofern die Kosten der Maßnahme 100.000 EUR übersteigen, ist dem Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung federführend sowie mitberatend dem Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung und dem Ausschuss für Finanzen und Vergabe eine entsprechende Vorlage vorzulegen.

Mehrheitlich zugestimmt

Beschluss-Nr.: 2015-VI-05-0219

für die Richtigkeit der Angaben: i.A. Lotzow/Sitzungsdienst

Stralsund, 26.08.2015

Hansestadt Stralsund Die Bürgerschaft

vertreten durch den Präsidenten
AZ: 10.08.03.0004/16-st

Ausschuss für Bau, Umwelt und
Stadtentwicklung
Vorsitzender
Herrn Hendrik Lastovka

Kontakt	Peter Paul
	Rathaus / Alter Markt
Durchwahl	03831 252 186
Telefax	03831 252 188
E-Mail	praesident.buergerschaft@stralsund.de
Seite	1 von 1
Datum	31.05.2016

im Hause

Bürgersprechstunde 24.05.2016 **Anliegen der Frau Gisela Konetzny, Semlowerstraße 35, 18439 Stralsund**

Sehr geehrter Herr Lastovka,

im Rahmen der o. g. Bürgersprechstunde trug Frau Konetzny vor, dass sie für eine private Initiative vorspricht, die es sich zum Ziel gesetzt hat, mehr Grün in die Altstadt, insbesondere in die Ossenreyerstraße zu bringen. Weiter sollen zusätzliche Sitzgelegenheiten geschaffen werden.

Die Initiative hat verschiedene Ideen, die sie umsetzen möchte. Gespräche mit der Abteilung Straße- und Stadtgrün haben bereits stattgefunden.

Da der Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung hier ein guter Ansprechpartner wäre, möchte ich Ihnen das Anliegen übergeben und Sie bitten, Frau Konetzny und die Initiative zu einer der nächsten Sitzungen einzuladen und ihre Ideen und Vorschläge zu beraten.

Mit freundlichen Grüßen


Thomas Schulz
1. Stellvertreter des Präsidenten

Titel: Erstellen einer Park App
Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD

Federführung: Fraktion BfS/AfD	Datum: 13.01.2015
Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD	

Beratungsfolge	Termin	
----------------	--------	--

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dass die Stadtverwaltung, gemeinsam mit der LEG, eine Park App für die Hansestadt Stralsund erstellt. Pünktlich zum Beginn der Sommerferien sollte diese verfügbar sein.

Begründung:

Beim Betrachten des Internetauftritts unserer Hansestadt Stralsund fällt auf, dass Stralsund keine App fürs Handy hat.

Unsere Idee ist, dass die Daten des Parkleitsystems auf einer Stralsund App zu finden sind. Das bedeutet, man sieht einen Stadtplan, die Parkhäuser und die aktuellen freien Plätze. Klickt man ein Parkhaus an, erhält man eine Wegbeschreibung. P&R Plätze müssen natürlich auch mit angegeben werden und gleichzeitig eine Wegbeschreibung. So hat die Hansestadt Lübeck eine Top Version. Siehe <http://www.parken-luebeck.de/>
Die App könnte auch anzeigen, wo Anwohnerparkplätze sind und die Besucher unserer Stadt nicht parken können. Als letztes, es sollte eine Vernetzung mit den bereits vorhandenen Wegbeschreibungen u.ä. aufgenommen werden. Diese sind momentan in einer guten Qualität vorhanden, aber aus unserer Sicht nicht benutzerfreundlich zusammengefasst.

Michael Philippen
Fraktionsvorsitzender

TOP Ö 4.3

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister
Büro des Präsidenten der
Bürgerschaft/Sitzungsdienst

Beschluss der Bürgerschaft

Zu TOP : 9.4

Erstellen einer Park App

Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD

Vorlage: AN 0012/2015

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, die Beratung des folgenden Antrages in die Ausschüsse für Finanzen und Vergabe; für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung sowie für Familie, Sicherheit und Gleichstellung zu verweisen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dass die Stadtverwaltung, gemeinsam mit der LEG, eine Park App für die Hansestadt Stralsund erstellt. Pünktlich zum Beginn der Sommerferien sollte diese verfügbar sein.

Beschluss-Nr.: 2015-VI-01-0151

Datum: 22.01.2015

Im Auftrag

Gez. Kuhn

TOP Ö 4.3

Auszug aus der Niederschrift über die 01. Sitzung der Bürgerschaft am 22.01.2015

Zu TOP : 9.4

Erstellen einer Park App

Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD

Vorlage: AN 0012/2015

Herr Meier beantragt die Verweisung in den Ausschuss für Finanzen und Vergabe und Bau, Umwelt und Stadtentwicklung.

Herr Philippen kann einer Verweisung zustimmen.

Herr Haack begründet kurz den Antrag und schließt sich Herrn Philippen an.

Frau Müller schlägt vor, dass der Antrag zusätzlich in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung verwiesen wird. Zudem merkt Frau Müller an, dass die Deckungsquelle fehlt.

Herr Paul stellt den erweiterten Verweisungsantrag wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, die Beratung des folgenden Antrages in die Ausschüsse für Finanzen und Vergabe; für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung sowie für Familie, Sicherheit und Gleichstellung zu verweisen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dass die Stadtverwaltung, gemeinsam mit der LEG, eine Park App für die Hansestadt Stralsund erstellt. Pünktlich zum Beginn der Sommerferien sollte diese verfügbar sein.

Mehrheitlich zugestimmt

Beschluss-Nr.: 2015-VI-01-0151

für die Richtigkeit der Angaben:

Stralsund, 05.02.2015

TOP Ö 4.3

Auszug aus der Niederschrift über die 02. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung am 17.02.2015

Zu TOP : 4.1

Erstellen einer Park App

Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD

Vorlage: AN 0012/2015

Herr Bogusch teilt mit, dass es sich hier um einen verwiesenen Antrag aus der Bürgerschaft handelt. Zum Modell in Lübeck informiert er, dass es sich dort nicht um eine App, sondern um eine Homepage handelt, auf der alle Informationen zum Parken bereitgestellt werden.

Herr Bogusch informiert über die ersten Überlegungen, die in der Verwaltung besprochen wurde. Es wäre möglich, über die Themenkarte „Parken/ Verkehr“, die bereits auf der Homepage der Stadt abrufbar ist, weitere Informationen zu Parkhäusern und Parkmöglichkeiten auch für Menschen mit Behinderung in Stralsund bereit zu stellen. Die Kapazität ist abrufbar, jedoch nicht die derzeitige Belegung. Die Auslastung ist jedoch über das Parkleitsystem vor Ort ersichtlich.

Von den Betreibern der Parkhäuser ist es nicht gewollt, vorab die Belegung recherchieren zu können, da sich diese ständig ändert und so ein Ausweichen der potenziellen Kunden möglich wäre.

Frau Behrendt weist darauf hin, dass die Darstellung der Informationen auf der Internetseite eine gute Variante darstellt. Eine App muss für verschiedene Systeme kostenpflichtig programmiert werden. Weiter muss die App beworben werden, um sie den potenziellen Nutzern auch bekannt zu machen. Es ist fraglich, ob Besucher im App Store nach einer Park App für Stralsund suchen würden.

Frau Kindler teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen über den Antrag beraten hat. Es würde vorgeschlagen, die Website ggf. anzupassen und eine Funktionserweiterung schon vorhandener Möglichkeiten in die Überlegungen einzubinden. Weiter sollte bei einer App bedacht werden, dass sie auch bei Nutzung mit dem Handy lesbar bleibt. Weiter solle in die Überlegungen mit einfließen, die Fahrpläne des ÖPNV ggf. zu integrieren.

Frau von Allwörden sieht die Handhabung einer App viel einfacher und praktischer für Smartphone-Nutzer. Der Abruf einer Internetseite ist kompliziert und dauert zu lange. Dies wird von Frau Ehlert bestätigt. In die App können auch die Gastronomie, die Hotelbranche und der Tourismus integriert werden.

Herr Ihlo gibt zu bedenken, dass die neuen Autos mit Navigationsgerät ausgestattet sind, in dem diese Informationen auch alle abrufbar sind, ohne das Handy nutzen zu müssen. Jedoch geht der Trend immer mehr in Richtung App. Viele Firmen und Dienstleister bieten Apps an. Daher ist hier Beratungsbedarf vorhanden.

Frau Ehlert fasst zusammen, dass die App spezifische Angaben z.B. über die Anzahl der freien Parkplätze, Behindertenparkplätze, Hotels, Gaststätten bietet.

Dazu stellt Herr Bogusch klar, dass auch diese Angaben auch auf der Homepage abrufbar sein können. Die Stadtkarten auf der Stralsund Seite sind relativ groß und somit auch mit dem Smartphone abrufbar.

Dazu stellt Frau von Allwörden klar, dass jemand der die Seite der Stadt nicht kennt, erst im Internet recherchieren muss, wie die Seite der Stadt heißt. Dann muss er sich durch die Seite klicken, um zu den nötigen Informationen zu gelangen. Dies geht mit einer App, die man sich im Vorfeld der Reise schon herunterladen kann viel zeitsparender und übersichtlicher.

Frau Behrendt macht deutlich, dass bei der Erarbeitung der jetzigen Website darauf geachtet wurde, dass diese mit Smartphones lesbar ist. Das Erstellen einer mobilen Website hätte zusätzlich viel Geld gekostet und wurde daher verworfen. Sie schlägt vor, die vorhandene Website mit zusätzlichen Informationen aufzuarbeiten.

Frau Kindler macht deutlich, dass eine App hohe Kosten haben könnte. Dazu macht Frau Behrendt deutlich, dass es eine werbefinanzierte App der Tourismuszentrale gab. Diese hat sich nicht getragen und wird daher nicht mehr angeboten.

Frau Ehlert schlägt vor, den Antrag in die Fraktionen zu verweisen, da es noch Beratungsbedarf gibt.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

für die Richtigkeit der Angaben:

Stralsund, 02.03.2015

gez. Constanze Schütt

TOP Ö 4.3

Auszug aus der Niederschrift über die 02. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung am 18.02.2015

Zu TOP : 3.2.1

Erstellen einer Park App

Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD

Vorlage: AN 0012/2015

Herr Bogusch erläutert, dass es sich bei der Homepage „Parken in Lübeck“ um keine App handelt. Die Hansestadt Stralsund stellt selbstverständlich auch Informationen zum Thema Verkehr und Parken auf ihrer Homepage zur Verfügung. Die Verwaltung hat festgestellt, dass das Thema Parken noch stärker herausgestellt werden sollte. Die Verwaltung empfiehlt daher es bei der Homepage zu belassen. Es besteht kein zwingender Bedarf einer App.

Herr Meißner spricht sich für ein solches System aus. Die Einbindung ins Parkleitsystem der Stadt würde sich wohl schwierig gestalten.

Herr Lewing ist der Meinung, dass eine Park-App in Stralsund nicht benötigt wird. Ausweichmöglichkeiten sind in kürzester Zeit erreichbar.

Der Vorsitzende, Herr Lastovka, schlägt vor, den Beschlussvorschlag zur Beratung in die Fraktionen zu verweisen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

für die Richtigkeit der Angaben:

Stralsund, 09.03.2015

Gez. Nicole Böttner

TOP Ö 4.3

Auszug aus der Niederschrift über die 03. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe am 24.02.2015

Zu TOP : 4.1

Erstellen einer Park App

Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD

Vorlage: AN 0012/2015

Herr Bogusch erläutert, dass das Thema bereits im Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung und im Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung beraten wurde. Im Ergebnis wurde es in die Fraktionen verwiesen. Das genannte Beispiel aus Lübeck ist eine Homepage und keine App. Seitens der Verwaltung wird auch die Homepage-Variante favorisiert. Auf www.stralsund.de können bereits viele Informationen rund um das Thema Verkehr abgerufen werden. Auch die Homepage hat noch Optimierungspotential. Eine Park-App ist nicht zwingend erforderlich. Die Realisierung einer App mit Navigationsfunktion ist sehr kostenintensiv.

Auf Nachfrage von Herrn Meier berichtet Herr Bogusch über die bestehende Stralsund-App, die jedoch im App-Store nicht mehr verfügbar ist.

Frau Behrendt führt weiter aus, dass die Stralsund-App um das Thema Parken erweitert werden könnte. Man rechnet mit einem mittleren bis hohen vierstelligen Betrag zur Erstellung einer solchen Park-App. Es ist unwahrscheinlich, dass Kurzurlauber sich eine Park-App herunterladen. Laut einer Gästebefragung informieren sich Urlauber lieber vor Ort. Das Parkleitsystem ist ausreichend für Stralsund.

Auf Nachfrage von Herrn Hölbing gibt Herr Bogusch bekannt, dass bisher keine Gespräche mit der Fachhochschule Stralsund geführt wurden. Man müsse sich nach einem Partner an der FH umsehen.

Herr Pieper hält die Stralsund-App für nicht hilfreich. Es ist sinnvoll die Parkplätze, die Wege und die Sehenswürdigkeiten miteinander zu verbinden und mittels QR-Code Informationen zu historischen Sehenswürdigkeiten abzurufen.

Herr Bogusch antwortet auf die Frage von Herrn Pieper und teilt mit, dass die Belegungszahlen der Parkhäuser an einen zentralen Parkleitrechner gemeldet werden, der sich im Parkhaus am Hafen befindet. Hier werden die Belegungszahlen der privat geführten sowie die der LEG betriebenen Parkhäuser verarbeitet. Die Belegung ist auch jederzeit über die Verkehrsbehörde abrufbar. Man müsste Gespräche mit den privaten Parkhausbetreibern führen, ob es gewollt ist, die Belegungszahlen im Internet darzustellen. Für das Parkleitsystem gibt es solch eine Vereinbarung.

Herr van Slooten ist der Meinung, dass innerhalb der Altstadtinsel wenig Durchgangsverkehr gewollt ist. Es ist unter den derzeitigen Gegebenheiten wenig sinnvoll. Davon sollte Abstand genommen werden.

Herr Kuhn erwartet von der Verwaltung eine Kostenaufstellung/Kostenvoranschlag, um eine Entscheidung zu diesem Thema im Ausschuss für Finanzen und Vergabe treffen zu können. Herr Bogusch schlägt vor, die Thematik vorrangig im BUSTa zu behandeln. Erst wenn man dort zu einem Ergebnis gekommen ist, kann man über Kosten reden.

Herr Hölbing bittet darum, dass Gespräch mit der Fachhochschule zu suchen, um die Kosten so gering wie möglich zu halten.

Herr Meier schließt sich der Aussage von Herrn Bogusch an und schlägt die Verweisung zur Beratung in die Fraktionen vor.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

für die Richtigkeit der Angaben:

Stralsund, 02.03.2015

Gez. Constanze Schütt

TOP Ö 4.3

Auszug aus der Niederschrift über die 03. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung am 18.03.2015

**Zu TOP : 4.2
Erstellen einer Park App
Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD
Vorlage: AN 0012/2015**

Die CDU/FDP Fraktion ist für eine Anpassung der Stralsund-Seite, um sie auch für Handys nutzbar zu machen. Frau von Allwörden spricht sich nach der eben vorgestellten Präsentation für eine Stralsund App aus. Herr van Slooten ist ebenfalls der Meinung, dass eine Verzahnung mehrerer Punkte notwendig ist.

Herr van Slooten stellt den Antrag den Tagesordnungspunkt zurück zustellen.

Der Ausschussvorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

für die Richtigkeit der Angaben:

Stralsund, 07.04.2015

Gez. Gaby Ely

TOP Ö 4.3

Auszug aus der Niederschrift über die 06. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung am 29.09.2015

Zu TOP : 4.3

Erstellen einer Park App

Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD

Vorlage: AN 0012/2015

Frau von Allwörden stellt fest, dass eine Park App möglicherweise nicht ausreichen würde und man deshalb gegebenenfalls eine Stralsund App initiieren sollte.

Frau Dr. Carstensen macht darauf aufmerksam, dass es bereits eine Stralsund App gab, die jedoch eingestellt wurde.

Frau von Allwörden bestätigt dies, jedoch hat diese App die Ansprüche nicht erfüllt. Es sollte eine umfangreichere App geben, die nicht nur das Thema Parken enthält.

Herr Rietesel erklärt, dass es sich um eine Weiterleitungs-App handeln soll, die den Nutzer auf die entsprechende Homepage weist.

Frau von Allwörden erwidert, dass jedoch ausgerechnet die Homepage der Stralsunder Stadtverwaltung untauglich für Smartphones ist.

Frau Behrendt bestätigt, dass die jetzige Internetseite noch nicht responsiv ist. Deshalb habe man im Haushalt für das nächste Jahr Geld für die Umstellung eingestellt. In Zusammenarbeit mit Herrn Bogusch wird an einer Aufarbeitung der Informationen zum Thema Parken auf Stralsund.de gearbeitet. Die Tourismuszentrale hat ebenfalls ein großes Interesse an einer App. Derzeit gibt es keine Aktivitäten, deshalb müsste ein Zeitplan aufgestellt werden.

Frau Dr. Carstensen fragt, ob es bereits einen Kontakt zur Fachhochschule bezüglich dieser App gibt.

Frau Behrendt verneint dies, wird diesen Punkt aber aufnehmen.

Herr Rietesel berichtet, dass ein Professor der Fachhochschule den Entwurf einer App durch Studenten für machbar erklärt hat, jedoch sei die Pflege seitens der Fachhochschule nicht möglich.

Frau Behrendt erläutert, dass eine Zusammenarbeit mit der Fachhochschule immer möglich ist. Wenn man jedoch schnelle Ergebnisse erzielen will, sollte man sich am freien Markt orientieren.

Herr Kremser hofft, dass die Verwaltung im nächsten Jahr eine Lösung offeriert. Er schlägt vor, dass Thema zurückzustellen, bis die Verwaltung ein Konzept vorlegt.

Die Ausschussmitglieder sind mit dem Vorgehen einverstanden. Der Tagesordnungspunkt wird in einer Sitzung im 2. Quartal 2016 wieder auf die Tagesordnung gesetzt..

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Constanze Schütt

Stralsund, 06.10.2015

TOP Ö 4.3

Auszug aus der Niederschrift über die 04. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung am 19.04.2016

Zu TOP : 4.2

Erstellen einer Park App

Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD

Vorlage: AN 0012/2015

Frau Behrendt informiert darüber, dass bisher nicht an einem Konzept für eine eigene Stralsund-Park-App gearbeitet wurde.

In diesem Jahr werden die Homepage der Hansestadt Stralsund www.stralsund.de sowie die gemeinsame Welterbe-Webseite der Städte Stralsund und Wismar www.stralsund-wismar.de für die Darstellung auf mobilen Geräten optimiert.

Frau Behrendt berichtet, dass die Tourismuszentrale der Stadt gemeinsam mit einer externen Firma im Jahr 2011 eine Stralsund-App entwickelt hat. Aufgrund der veralteten Daten habe die Tourismuszentrale im Jahr 2015 eine Aktualisierung vorgenommen.

Die Gründe, warum keine eigene Park-App entwickelt wurde, werden durch Frau Behrendt ausführlich erläutert. Einerseits sei der Aufwand für eine Stadt dieser Größe und der überschaubaren Zahl der Parkhäuser unverhältnismäßig. Andererseits seien im Geografischen Informationssystem (GIS) der Stadt Parkflächen gekennzeichnet. Es wird auf weitere, bereits vorhandene Möglichkeiten, sich über Parkmöglichkeiten zu erkundigen, informiert.

Frau Behrendt merkt außerdem an, dass die geforderte Kommunikation der Verfügbarkeit von Parkplätzen durch das vorhandene Parkleitsystem erfolge. Es sollten bestehende Angebote genutzt werden.

Frau Behrendt macht die Anwesenden auf eine bereits vorhandene App aufmerksam. Die „Parkopedia“ App wird durch die Nutzer gefüllt. Da sie in 35 Ländern nutzbar ist, kann der App-Nutzer sie in vielen Städten und Ländern nutzen und muss sich nicht für jede Stadt eine eigene App herunterladen.

Die App bietet umfassende Informationen zu Parkmöglichkeiten, Kosten, Öffnungszeiten von Parkhäusern usw.

Auch eine Navigation über die App ist möglich.

Abschließend schlägt Frau Behrendt vor, das Thema zu beenden und festzulegen, für die Hansestadt keine eigene App zu programmieren.

Herr Kremser informiert, dass auf Anwohnerparkplätzen am Frankenwall 5/6 am 30. und 31.03. Baucontainer abgestellt waren. Darüber sollten Anwohner informiert werden.

Frau Kindler findet eine allgemeine App sinnvoller, da sie überall nutzbar ist.

Herr Ihlo informiert, dass man in der Stralsund-App Informationen zu Parkhäusern und Einkaufsmöglichkeiten erhält.

Frau Ehlert schlägt vor, die neuen Erkenntnisse mit den Fraktionen zu beraten, damit das Thema zum Abschluss gebracht werden kann.

Auf Nachfrage von Frau Friesenhahn erläutert Frau Behrendt, dass mit der Umstellung der Internetseiten Mitte des Jahres gestartet werden kann.

Das Thema wird im Juli 2016 erneut auf die Tagesordnung gesetzt, um das Thema abzuschließen.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Constanze Schütt

Stralsund, 10.05.2016